

Der Harmoniker

Regierungspräsident Sven von Ungern-Sternberg hat sein Amt stets als Anwalt der Region verstanden, heute wird er offiziell verabschiedet

VON UNSEREM REDAKTEUR
WULF RÜSKAMP

Es ist die Stunde der Komplimente. „Sie waren stets der Anwalt des badischen Raumes“, sagt Edith Schreiner. „Sie wissen, wie wir Kommunalpolitiker ticken und haben immer ein sehr gutes Miteinander gepflegt.“ Die Oberbürgermeisterin aus Offenburg setzt noch eins drauf: „Es hat mir viel Freude gemacht, mit Ihnen zusammenzuarbeiten.“

Der so Gelobte schaut derweil, den Oberkörper leicht vorgebeugt, verlegen auf den Boden: Sven von Ungern-Sternberg, 65, der scheidende Regierungspräsident, kann so etwas nicht einfach genießen. Aber er muss es aushalten: Überall, wo er zu Arbeitsbesuchen hinreist, kommt ein Bürgermeister, ein Landrat auf den Abschied zu sprechen – und lobt ihn. In seinen neun Jahren als Chef des Freiburger Regierungspräsidiums hat sich Ungern-Sternberg Anerkennung verschafft. Kritik an seiner Amtsführung war nur selten zu hören. Oft war er dabei der Sack, der für den Esel geprügelt wurde – und dieser Esel saß meist in Stuttgart.

Vor einem Jahr wurde Ungern-Sternbergs Pensionierung überraschend um zehn Monate aufgeschoben, doch nun ist definitiv Schluss. Am 28. Dezember übergibt er sein Büro im Basler Hof in Freiburg an seinen Nachfolger, Julian Würtenberger, bis dahin noch Ministerialrat im Wissenschaftsministerium. Dass sich Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) mit dieser Entscheidung derart lange Zeit gelassen hat, stimmt Ungern-Sternberg auch im Nachhinein noch unzufrieden: Die lange Kandidatendiskussion habe dem Regierungspräsidium als Institution geschadet.

Der Neue hätte es aber auch ohne diesen Vorlauf nicht leicht, in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten. Denn Ungern-Sternberg, obwohl kein geborener Südbadener, sondern mit Berliner Wasser getauft, ist bestens eingebettet in die regionalen Netzwerke von Politik und Verwaltung. Und zwar auf einer Ebene, auf der direkte Macht eher wenig, persönli-

che Verbindlichkeit aber viel bewirken kann. Ungern-Sternberg hat für diese Einstellung ein deutliches Signal gesetzt, als er kurz nach Amtsantritt im Regierungspräsidium die Devise ausgab, man solle „kommunalfreundlich“ entscheiden.

Deshalb hat die in seinem Hause beheimatete Kommunalaufsicht auch nicht draufgeschlagen, als Freiburg, die meisten großen Kreisstädte und sehr viele Kreise mit oft fragwürdigen Haushaltsentwürfen die finanziell schwierigen Jahre nach der Jahrtausendwende zu überstehen suchten. Die Sparanstrengungen der Kommunen wurden mit sanften Mahnungen, mit Ratschlägen hinter verschlossener Tür und vor allem mit viel Geduld begleitet. Wenn Edith Schreiner beim Abschiedsbesuch in Offenburg davon spricht, dass Ungern-Sternberg wisse, wie die Kommunalpolitiker tickten, dann

meint sie genau diesen Umgang. Geholfen hat dem Regierungspräsidenten dabei seine eigene Vergangenheit als Kommunalpolitiker, erst als Gemeinderat, dann als leidenschaftlicher Baubürgermeister in Freiburg.

Das Netzwerk, in dem Ungern-Sternberg arbeiten können, hat seine politische Verankerung auch in der südbadischen CDU. Er selbst fühlt sich gut beheimatet im Parteibeziirk – und trifft dort die meisten Regionalpolitiker. Da kennt man sich, da schwätzt man miteinander, da laufen die Informationen nicht nur auf dem Dienstweg. Das bedeutet keineswegs Mauschelei. Konflikte in der Sache können vielmehr abgedefert werden, weil man sich aus anderen Zusammenhängen kennt. Das kommt dem auf Harmonie bedachten Ungern-Sternberg sehr entgegen. Schließlich hat er es als Freiburger Baubürgermeister mit dem früheren SPD-Oberbürgermeister Rolf Böhme ausgehalten, obwohl er gegen diesen bei der OB-Wahl 1982 angetreten war.

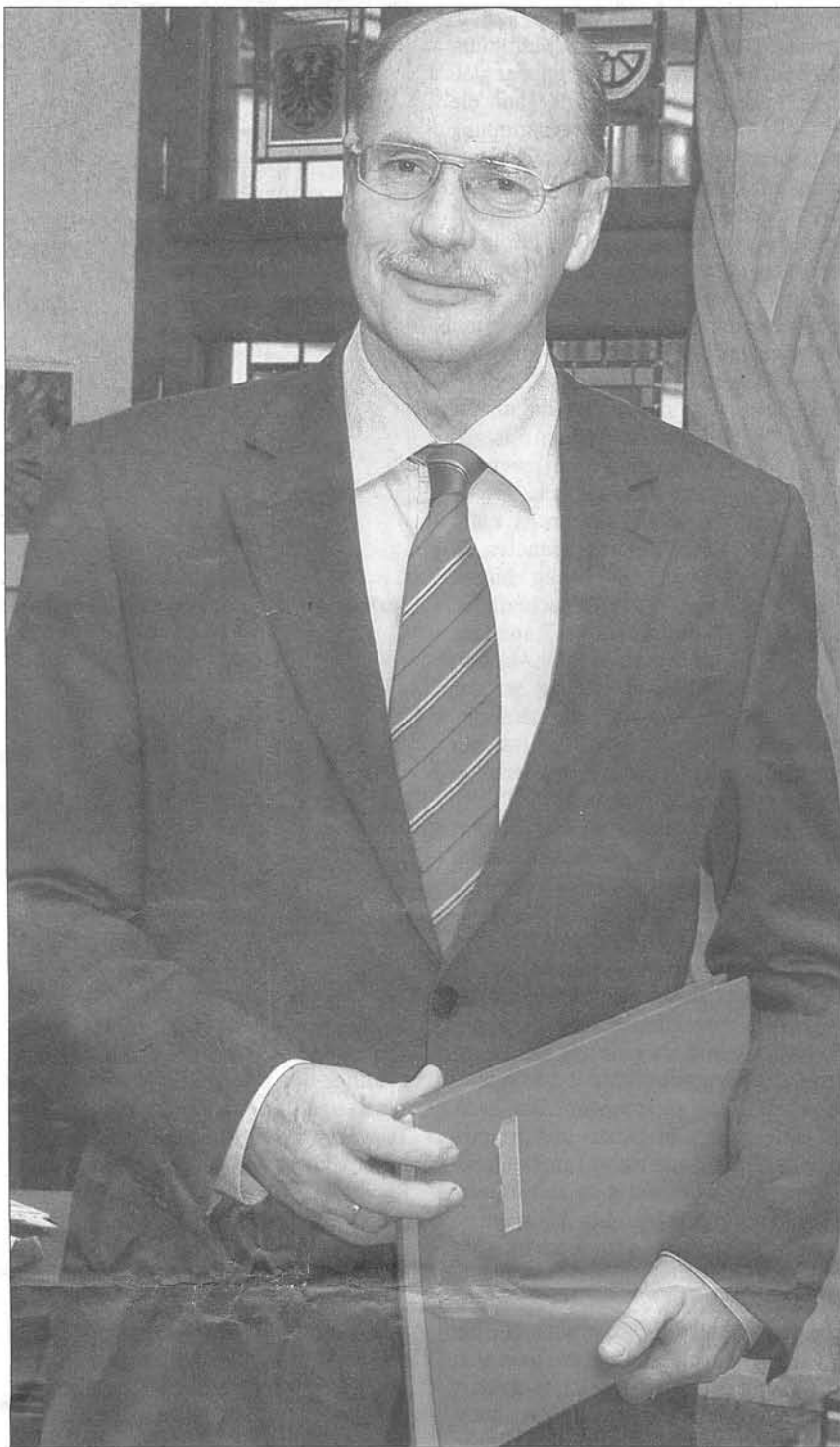
„Die feste Verankerung in der Partei ist meine große Stärke.“

Hat das CDU-Netzwerk nicht auch eingengt? Nein, sagt Ungern-Sternberg: „Ich bin politischer Beamter. Die feste Verankerung in der Partei ist meine große Stärke in dieser Position.“ Dies nicht zuletzt, weil sie auf vielen persönlichen Beziehungen gründet. „Aber meine Amtsausübung war nicht parteipolitisch geprägt.“ In der Tat, er konnte und kann stets gut auch mit den Grünen und der SPD. Was ebenfalls in seiner eigenen kommunalpolitischen Vergangenheit gründet: Im Freiburger Rathaus wurde stets mit wechselnden Mehrheiten von Schwarz, Rot oder Grün regiert.

Diese Offenheit hat Ungern-Sternberg aber auch den heftigsten öffentlichen Rüffel seiner Amtszeit beschert: Sein guter Freund Erwin Teufel, Ministerpräsident und Windkraftgegner, hat von ihm verlangt, dass er die Genehmigung für die Windräder auf dem Schauinsland oberhalb von Freiburg zurücknimmt. Der Regierungspräsident hatte damals weniger darauf geachtet, was offizielle landespolitische Linie war, mehr aber darauf, wie am Ort diskutiert wurde – und da hatte selbst die CDU für die Windräder gestimmt. Ungern-Sternberg musste notgedrungen zurückstecken. Aber dass sich fünf Jahre nach Teufels Machtwort die Rotoren immer noch drehen, wird ihm eine innere Genugtuung sein.

Dies war nicht das einzige Mal, dass Ungern-Sternberg in Stuttgart aneckte. In der Landeshauptstadt mag man zwar zugestehen, dass der südbadische, gleichsam als Erbe des selbstständigen Nachkriegsbadens, ein ganz besonderer unter den vier Regierungspräsidenten des Landes ist. Aber zugleich hält man daran fest, dass ein Regierungspräsidium zu-

nächst nur ein verlängerter Arm des Ministeriums ist. Als in Südbaden viel gelobter Anwalt der Region musste Ungern-Sternberg daher zwangsläufig Mitarbeitern in Stuttgarter Ministerien auf die Füße treten. Denn er verfiht die Auffassung, dass alles, was im Regierungsbezirk entschieden werden kann, auch hier ent-



Am 31. Dezember geht er in Ruhestand: Südbadens Regierungspräsident Sven von Ungern-Sternberg

FOTO: THOMAS KUNZ

schieden werden sollte. „Zentralistische Strukturen sind schlechter“, lautet sein Credo. Solche Affronts führten sogar dazu, dass in einer seiner Pressekonferenzen ein Aufpasser aus dem Innenministerium saß und notierte, ob der Regierungspräsident die Regeln einhielt.

Als Anwalt der Region verstand sich Ungern-Sternberg zudem stets als Vermittler unterschiedlicher Interessen, eine Aufgabe, für die ihm ein besonderes Händchen nachgesagt wird. Das gilt gerade mit Blick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, im Basler Hof gern als

„kleine Außenpolitik“ bezeichnet. Hier ist Verhandeln alles, weil alle Gesprächspartner freiwillig am Tisch sitzen. Das hat nicht immer geklappt. Beim Streit um den Fluglärm am Hochrhein schwenkte er, von der südbadischen CDU gedrängt, bald auf die harte Position gegen Zürich ein. Aber deswegen hat er es sich nicht mit allen Schweizer Gesprächspartnern verdorben: So beliebt ist Zürich bei den Eidgenossen nun auch wieder nicht.

Noch längst nicht erledigt ist die Vermittlung im Konflikt um den Ausbau der Rheintalbahn. Nur in kleinen Schritten konnte die oft bittere Konfrontation zwischen Bahn und Bürgerinitiativen gemil-

dert werden. Der Weg zu einem realistischen Alternativvorschlag, hinter dem die Region geschlossen steht, ist noch weit. Aber nach außen ist das Regierungspräsidium zum anerkannten Interessenvertreter der Menschen zwischen Offenburg und Weil am Rhein geworden.

Ungern-Sternberg hat sich seine Stellung in der Region nicht durch lautstarke Auftritte erobert. Die liegen ihm ebenso wenig wie überschwengliches Lob. Ohnehin hat er nicht das Zeug zum Populisten. So einer spricht gerne von sich und seinen Taten – wenn Ungern-Sternberg von sich selber erzählt, sagt er „man“ statt „ich“. Es geht ihm um sachbezogene Entscheidungen, um Abwägen der Positionen, um effizientes Verwaltungshandeln, kurz um den rationalen Anteil an der Politik. So ist er persönlich kein Freund der Windkraft – aber er hat im Amt nicht den großen Verhinderer gegeben. Vielleicht hätte er ja gerne mehr Straßen gebaut – doch die knappen öffentlichen Finanzen haben das nicht ermöglicht. Die Gefahr, dass sein Haus zum „Raumschiff“ werden könnte, hat Ungern-Sternberg gesehen. Deshalb hat er versucht, zumindest den Basler Hof durch Ausstellungen und Veranstaltungen fürs Publikum zu öffnen.

„Zentralistische Strukturen sind schlechter.“

Die Mühen der Verwaltungsreform und der Eingliederung der Sonderbehörden des Landes, das sprunghafte Wachstum des zuvor auf 300 Mitarbeiter abgemagerten Präsidiums auf einen Riesenapparat mit 2500 Beschäftigten – das hat die Öffentlichkeit letztlich doch wenig interessiert. Im Rückblick sieht Ungern-Sternberg aber eine seiner größeren Leistungen darin, dass diese Verwaltungsreform relativ reibungslos umgesetzt wurde. Von deren Richtigkeit ist er zutiefst überzeugt. Deshalb warnt er auch davor, die Reform wieder zurückzudrehen, wie es in der Schulverwaltung geplant ist.

Sollte es aber dazu kommen, wird er es nicht mehr verhindern können. Vom 1. Januar an ist Ungern-Sternberg Privatmann. Oder auch nicht: Als Vorsitzender des Freiburger Münsterbauvereins, des Vereins Badische Heimat und des Euro-Instituts in Kehl hat er für den Ruhestand Ämter mit öffentlicher Wirksamkeit übernommen. Doch das reicht ihm nicht.

Ungern-Sternberg, der sich als Jurist den Ruf eines Fachmanns für Stadtentwicklung erwarb, engagiert sich auch international in der Vereinigung „Making Cities livable“. Dieses Engagement lässt er wiederaufleben: Von Portland im US-Staat Oregon aus will er sich für familien- und kinderfreundliche Städte engagieren. Das wird er, Vater von acht Kindern, dann endlich als Großvater tun können: Dieser Tage erwartet er seinen ersten Enkel.